

# Henry Bernhard (1896-1960). Vom Assistenten Stresemanns zum Zeitungsgründer, FDP-Politiker und Pan-Europäer

## 1. Einleitung

Der 17. September 1945 wurde aus Sicht eines Zeitgenossen zum „großen Tag“:<sup>1</sup> Um 14.00 Uhr nachmittags wurde im Maschinensaal der Stuttgarter Turmhausdruckerei die Lizenz für die Stuttgarter Zeitung an die Herausgeber Josef Eberle, Henry Bernhard und Karl Ackermann übergeben. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde hielt John B. Stanley, der zuständige Offizier der US-Nachrichtenkontrollabteilung, eine Ansprache, in der er die Herausgeber an ihre Aufgabe für einen demokratischen Neuaufbau in Stuttgart, ja Württemberg erinnerte:

„In der Art, wie Sie diese Verantwortung bei der Veröffentlichung einer objektiven und wahrheitsgetreuen Zeitung tragen, werden Sie ihren Mitbürgern sowie Deutschland und der Welt den Beweis dafür erbringen können, dass eine starke und ehrliche Zeitung ein standhaftes Bollwerk gegen Intoleranz, Militarismus und Diktatur sein kann.“<sup>2</sup>

Neben den amerikanischen Presseoffizieren nahmen auch Vertreter der Stadt Stuttgart, allen voran Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett, teil, die Landesregierung Württemberg-Badens war dagegen noch nicht vertreten, da deren Konstituierung erst am 24. September erfolgte.

Doch schon am 18. September erschien mit der Stuttgarter Zeitung die erste wieder von Deutschen gestaltete Tageszeitung in Stuttgart und in ganz Nordwürttemberg – mit einer Anfangsausgabe von 400.000 Exemplaren.<sup>3</sup> Für das mit der Lizenznummer 12 in der amerikanischen Zone versehene Blatt zeichneten drei Persönlichkeiten verantwortlich, die von ihrem jeweiligen politischen Standpunkt aus grundverschieden waren, gemeinsam war allen dreien

1 Helmut Cron: *Stuttgarter Zeitungs-Chronik 1945*. Stuttgart 1979, S. 71.

2 Ebd., S. 71; zur Erstausgabe der Stuttgarter Zeitung vgl. auch Hermann Vietzen: *Chronik der Stadt Stuttgart 1945-1948*. Stuttgart 1972, S. 514 f.

3 Vgl. Cron: *Zeitungschronik* (wie Anm. 1), S. 82.

freilich nur, dass sie „völlige Neulinge im Pressebereich waren, kaufmännisch sowohl wie redaktionell“.<sup>4</sup>

Eine besonders interessante und markante Persönlichkeit unter den drei Herausgebern war Konsul a. D. Henry Bernhard, für den der Einstieg in die Stuttgarter Zeitung zugleich der Beginn seiner Nachkriegskarriere als Publizist, Landes- und Medienpolitiker bedeutete. Doch hatte Henry Bernhard schon in den Jahren vor 1945 einen in jedem Fall bemerkenswerten Lebenslauf, der nicht frei war von Widersprüchen, zugleich aber das Bild eines selbstbewussten self-made-man ergibt.

Helmut Cron, damals Redakteur bei der Stuttgarter Zeitung und Berater des Herausgebertrios, brachte diese Widersprüchlichkeit in einer pointierten, ja fast schon boshaften Art und Weise zum Ausdruck: Bernhard war „unbelastet von sämtlichen Examen“. Er habe, wie der Journalist weiter feststellte, noch nicht einmal über die Obersekundarreife verfügt, genauso wie er seinen Titel Konsul ohne jede Prüfung erhalten habe. „Stresemann hatte ihm als Privatsekretär, damit er ihn nicht selbst bezahlen musste, eine Etatposition verschafft, die ihn automatisch zum Konsul machte; er war also nicht 'gelernter', sondern nur Titularkonsul.“ Zugleich habe Bernhard jedoch ein fast grenzenloses Selbstbewusstsein zur Schau getragen. Ursprünglich habe er kein Interesse an einer Zeitungslizenz besessen, da er sich bereits als möglichen neuen deutschen Außenminister gesehen habe. „Außer mir ist ja keiner da, der dafür in Frage kommt“, sagte er mehrmals zu mir. Da er aber z. Zt. nichts zu tun hatte und der Traum vom Außenminister doch für ihn in den Wolken hing, sagte er schließlich zu.“<sup>5</sup>

Die Schilderung Crons ist sehr zugespitzt, vor allem versuchte dieser offenkundig den Eindruck zu erwecken, selbst der eigentliche „Macher“ der Stuttgarter Zeitung gewesen zu sein, dem letztlich eine weit größere Rolle in deren Entstehungsgeschichte zukam, als den drei Gründungsherausgebern, der aber aufgrund der Lizenzierungspolitik der amerikanischen Besatzungsmacht nicht als Herausgeber, sondern nur als Berater und Redakteur in Frage kam. Dennoch ist es keine Polemik Crons, wenn dieser auf den fehlenden höheren Schulabschluss wie auch die fehlende Berufsausbildung Bernhards hinweist. Dieser verdankte seinen Aufstieg in den Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wie auch als Konsul ins Auswärtige Amt in erster Linie dem persönlichen Kontakt zu Stresemann. Für die Jahre des Dritten Reiches bedeutete die vormalige Nähe zum vormaligen Weimarer Außenminister freilich Dienstentlassung und ständiges Misstrauen seitens der NS-Machthaber. Ob Bernhard tatsächlich jemals ein potentieller Kandidat für das Auswärtige

4 Ebd., S. 75. – Zu den Schwierigkeiten geeignete Lizenzträger zu finden und zur sozialen Herkunft bzw. beruflichen Qualifikation der Lizenznehmer vgl. auch Harold Hurwitz: Die Stunde Null der deutschen Presse. Köln 1972, S. 147 f.

5 Cron: Zeitungschronik (wie Anm. 1), S. 35.

Amt war, muss dahingestellt bleiben, gleichwohl sollte es ihm gelingen, nach 1945 als Publizist und Landtagsabgeordneter eine wichtige Rolle beim demokratischen Neubeginn in Württemberg-Baden einzunehmen. Große Bedeutung kam Bernhard schließlich auch in der Pan-Europabewegung zu.

Dieses Engagement wurde allerdings noch übertroffen durch sein Lebenswerk: Die Stuttgarter Nachrichten – nicht die Stuttgarter Zeitung! Denn innerhalb des Herausgebertrios sollten Spannungen nicht ausbleiben, so dass Bernhard die Stuttgarter Zeitung bereits nach einem Jahr verließ und zum Gründungsherausgeber des Konkurrenzblattes wurde.

Damit sind bereits die Themenfelder einer Beschäftigung mit Henry Bernhard genannt.<sup>6</sup> Welche Rolle spielte dieser an der Seite seines Förderers Stresemann? Wie konnte er sich in den Jahren des Dritten Reiches im „inneren Exil“ einrichten? Vor allem aber geht es um die Stuttgarter und die südwestdeutsche Presse- und Landesgeschichte der Jahre unmittelbar nach 1945. Unter welchen Voraussetzungen wurde Bernhard Zeitungsherausgeber und eben nicht Helmut Cron? Wie gestaltete sich das Verhältnis zu den Mitherausgebern, ja unter welchen Bedingungen wurde überhaupt eine Zeitung in der amerikanischen Besatzungszone nach 1945 herausgegeben?

Dabei fällt der Blick sofort auf das Verhältnis zur Besatzungsmacht wie auch auf das politische und publizistische Selbstverständnis der Zeitungsherausgeber. Natürlich ist dies ganz eng mit der Tätigkeit Bernhards im Landtag und seiner politischen Stellungnahme als Abgeordneter verbunden. Abschließend möchte der Aufsatz die europapolitische Konzeption Bernhards und sein Engagement in der pan-europäischen Bewegung würdigen, in deren Rahmen er das Erbe seines politischen Mentors Gustav Stresemann gepflegt hat.

6 Zu Quellen und Literatur: Der Nachlass Henry Bernhards befindet sich im Stadtarchiv Stuttgart; – Stuttgarter Zeitung (StZ) 10.3.1960: Henry Bernhard; Staatsanzeiger 12.3.1960: Zum Tode von Henry Bernhard; Stuttgarter Nachrichten (StN) 14.3.1960: Abschied von Konsul Henry Bernhard; StN 31.12.1965: Konsul Henry Bernhard zum Gedenken. – Biographisches Handbuch des Deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Historischer Dienst: Maria Keipert u. a. Paderborn 2000-2008, Bd. 1 (A-F), S. 126-127; Eberhard Kolb: Gustav Stresemann – aus der Nähe gesehen. Aufzeichnungen seines engen Mitarbeiters Henry Bernhard. In: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 15 (2003), S. 265-291, vgl. zur Biographie Bernhards ebd. S. 265ff. Zudem haben die Kinder Bernhards ein ganz persönliches Lebensbild anlässlich des 100. Geburtstages ihres Vaters herausgebracht Marianne Bernhard: Henry Bernhard. 1. Januar 1896 bis 9. März 1960. Konsul in Berlin. Zeitungsgründer in Stuttgart. Stuttgart 1996.

## 2. Vorprägungen: Zum Lebensweg Bernhards in den Jahren bis 1945

Henry Bernhard wurde am 1. Januar 1896 in Dresden als Sohn des Glasermeisters Franz Karl Bernhard geboren.<sup>7</sup> Die familiären Verhältnisse gestalteten sich jedoch schwierig, vor allem erlaubten sie keine geregelte Ausbildung Bernhards. Der Vater hatte sich 1899 bei finanziellen Transaktionen übernommen und musste fluchtartig vor den Steuerbehörden nach Südafrika ausweichen.<sup>8</sup>

Auf den Besuch der Volksschule 1902-1906 erfolgte der Wechsel auf das „Ehrlichsche Gestift“ zu Dresden, einer Art Realschule. Jedoch verließ Bernhard dieses Institut ohne Schulabschluss. In dieser Situation war es die Förderung durch den 20 Jahre älteren Rudolph Schneider, der eine neue Wende in das Leben des gerade einmal 15jährigen bringen sollte. Schneider stammte selbst aus kleinen Verhältnissen, war wie Bernhard am 1. Januar geboren und hatte wie dieser das „Ehrlichsche Gestift“ durchlaufen. Inzwischen hatte er Karriere gemacht und war zum Syndikus des Bundes der Industriellen aufgestiegen, aus dieser Tätigkeit erfolgte auch eine enge Bekanntschaft Schneiders mit Gustav Stresemann, dem damaligen Vizepräsidenten des Bundes der Industriellen.<sup>9</sup>

Schneider legte Wert darauf, einen Zögling des „Ehrlichschen Gestifts“, der gleich ihm am 1. Januar geboren war, zu fördern und ermöglichte Bernhard eine Ausbildung zum Bürogehilfen. Vor allem lernte Bernhard Stenographie und Maschinenschreiben, so dass er als Assistent der Geschäftsführung des Verbandes sächsischer Industrieller beschäftigt wurde. Nach der Einberufung Schneiders zum Kriegsdienst entstand schließlich der erste Kontakt zu Gustav Stresemann; in den Jahren 1915/16 wurde Bernhard erstmals als dessen Sekretär beschäftigt. Diese Tätigkeit wurde jedoch durch den Kriegsdienst ab Juni 1916 unterbrochen. Bernhard kämpfte an der Westfront, in Flandern und wurde mehrfach verwundet und ausgezeichnet.

Der Kontakt zu Rudolph Schneider sowie seine ausgeprägte Lernfähigkeit ermöglichten es Bernhard, im April 1919 in die Geschäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie berufen zu werden. Bis 1923 konnte er in diesem Gremium als aufsteigende junge Kraft bezeichnet werden,<sup>10</sup> bevor er noch im selben Jahr erneut in die Dienste Stresemanns trat, zunächst als Leiter des Kanzlerbüros und nach dem Wechsel Stresemanns ins Außenministerium

7 Zum Folgenden vgl. den Lebenslauf Bernhards im Archiv des Landtages Baden-Württemberg; M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 6-36; Kolb: Stresemann (wie Anm. 6), S. 265ff.; die Angaben im Findbuch zum Nachlass Henry Bernhards.

8 M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 6.

9 Zum Verhältnis Schneiders zu Stresemann vgl. Kolb: Stresemann (wie Anm. 6), S. 274 f. mit Anm. 34.

10 Auszüge aus einem Zeugnis bei M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 13.

als Leiter des Ministerbüros im Auswärtigen Amt. Seit 1926 durfte Bernhard in dieser Funktion den Titel Konsul führen, vor allem aber war er während der gesamten Ministertätigkeit Stresemanns dessen engster Vertrauter und Mitarbeiter, der dessen Korrespondenz führte<sup>11</sup> und auch sämtliche Konferenzen der zwanziger Jahre vorbereitete. Folglich begleitete Bernhard den Außenminister u. a. im August 1924 bei den Verhandlungen über den Dawes-Plan, bei der Locarno-Konferenz im Oktober 1925 und zwei Monate später bei der Unterzeichnung der Locarno-Verträge.<sup>12</sup> Dabei entwickelte sich auch ein enges persönliches Verhältnis zwischen Stresemann und seinem Mitarbeiter, u. a. führte der Außenminister seinen Sekretär in die Berliner Freimaurerloge „Friedrich der Große“ ein.<sup>13</sup> Schließlich war Stresemann zusammen mit Rudolph Schneider 1928 Trauzeuge Bernhards, als dieser seine erste Gattin Lilli ehelichte.<sup>14</sup>

Mit dem Tod Stresemanns<sup>15</sup> im Oktober 1929 musste jedoch auch Bernhard aus dem Auswärtigen Amt ausscheiden. Schon 1930 wurde er vom Dienst freigestellt und widmete sich der Herausgabe des Stresemann-Nachlasses, der in drei Bänden in den folgenden beiden Jahren vorgelegt wurde.<sup>16</sup>

Die nationalsozialistische Machtergreifung bedeutete eine weitere Verschärfung der ohnehin prekär gewordenen finanziellen Lage Bernhards.<sup>17</sup> An eine Beschäftigung im Auswärtigen Amt war nicht mehr zu denken. Den Hass der Nationalsozialisten hatte sich Bernhard nicht zuletzt deshalb zugezogen, da sein Förderer Rudolph Schneider zum äußersten linken Flügel der national-liberalen DVP gehört hatte und im Reichstag wiederholt als scharfer Gegner der NSDAP hervorgetreten war. Das Misstrauen der Nationalsozialisten traf Bernhard umso schwerer, nachdem er 1934 in zweiter Ehe eine Nichte Schneiders geheiratet hatte. Die Tätigkeit seiner zweiten Gattin als Modeschneiderin und das Erbe seines Förderers ermöglichten zunächst das Überleben im Dritten Reich, zudem betrieb Bernhard zwischen 1933 und 1938 ein Zeitungsauschnittbüro, das jedoch auf Druck des Propagandaministeriums geschlossen

- 11 Dabei passte sich Bernhard – zumindest gemäß seiner eigenen Auskunft bzw. Überzeugung ganz dem Stil Stresemanns an, so dass der Außenminister im täglichen Briefwechsel nur noch zu unterschreiben brauchte, vgl. Kolb: Stresemann (wie Anm. 6), S. 272.
- 12 Gleiches gilt natürlich auch für die Unterzeichnung des Briand-Kellog-Paktes und schließlich auch bei der Beratung des Young Planes 1929 in Den Haag; vgl. M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 15.
- 13 Schreiben Henry Bernhard an Felix Hirsch, 11.2.1947, zit. nach Kolb: Stresemann (wie Anm. 6), S. 265 mit Anm. 2.
- 14 Vgl. M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 21.
- 15 In den ersten Tagen nach dem Hinscheiden Stresemanns kam Bernhard die delikate Aufgabe zu, eine Lösung zur Begleichung der nicht unerheblichen Schulden, die Stresemann in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender hinterlassen hatte, zu finden, vgl. Kolb: Stresemann (wie Anm. 6), S. 280.
- 16 Henry Bernhard (Hrsg.): Gustav Stresemann – Vermächtnis: Der Nachlass in drei Bänden. Berlin 1932/33.
- 17 Zum Leben Bernhards im Dritten Reich vgl. M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 23-27.

werden musste. Suspekt war Bernhard nicht zuletzt auch deshalb, da er durch seine erste Ehegattin, eine Jüdin, wie auch durch den Kontakt zur Gattin Stresemanns, die ebenfalls Jüdin war, über einen breiten jüdischen Freundeskreis verfügte und dort, wo dies noch möglich war, bei der Ausreise aus Deutschland und der Sicherung von Vermögenswerten half.

1939 erfolgte der Umzug nach Stuttgart, wo er eine Stelle in der Presseabteilung des Daimler-Konzerns innehatte.<sup>18</sup> Die ersten Stuttgarter Jahre bildeten freilich kaum Betätigungsmöglichkeiten, auch im Daimler-Konzern sah sich Bernhard nach Auskunft seiner Kinder zeitweilig Nachstellungen ausgesetzt,<sup>19</sup> ohne dass dies aber konkrete Konsequenzen hatte. Gefahr bestand insbesondere durch eine unbedachte Äußerung Bernhards nach dem Attentat vom 20. Juli 1944. Ansonsten dominierten in den ersten Stuttgarter Jahren vor allem persönliche und private Sorgen, die überaus eng mit der politischen Entwicklung verbunden waren. Im Winter 1943/44 erkrankte Bernhard lebensgefährlich an der Bauchspeicheldrüse und musste sich in Herrenberg bei Stuttgart einer Notoperation unterziehen. Nur mit Mühe konnte er im gleichen Jahr den Brand seines Eigenheims in Stuttgart-Obertürkheim im Gefolge eines Bombenangriffs löschen und größeren Schaden verhindern. Eine neue Perspektive für Bernhard ergab sich freilich erst mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

### 3. Neuanfang der Presse in Stuttgart – Henry Bernhard als Mitherausgeber der Stuttgarter Zeitung 1945/46

Besonders engagiert hat sich Bernhard ganz in der Tradition Stresemanns bei der Reorganisation der Freimaurer, die sich in den Jahren des Dritten Reiches Repressionen ausgesetzt gesehen hatten. So gehörte er zu den Mitbegründern der Stuttgarter Johannes-Loge „Furchtlos und treu“, wobei er gleichzeitig auch einer Bonner Loge angehörte. Weitere Führungspositionen, so zwischen 1951 und 1959 als stellvertretender und anschließend ein Jahr als Landesgroßmeister der deutschen Großloge traten hinzu.<sup>20</sup> – Auf politischem Gebiet hat Bernhard an der Wiederbegründung der FDP, in Württemberg unter dem Namen der Demokratischen Volkspartei,<sup>21</sup> mitgewirkt, auf Wunsch der Amerikaner gehörte er 1946 der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden an. In

18 Das Familienschicksal im Zweiten Weltkrieg beschreibt die Tochter ebd., S. 28-36. – Zu den Ereignissen des letzten Kriegsjahres aus seiner persönlichen Sicht vgl. Henry Bernhard: *Finis Germaniae. Aufzeichnungen und Betrachtungen*. Stuttgart 1946.

19 M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 30.

20 Ebd., S. 38.

21 Zur Wiederbegründung des Liberalismus in Württemberg-Baden vgl. H.G.H.: *Demokratie im Stammland*. In: Paul Rothmund/Erhard R. Wien (Hrsg.): *Die FDP/ DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*. Stuttgart 1979, S. 201-219.

dieser Funktion wurde er auch bei den ersten demokratischen Nachkriegswahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung Württemberg-Baden bestätigt, um anschließend nochmals für vier weitere Jahre dem ersten Landtag anzugehören. Hier hat Bernhard ein überaus hohes Ansehen genossen, was sowohl seine Wahl zum ersten Vizepräsidenten wie auch die Entsendung in den Rundfunkausschuss des neu konstituierten Süddeutschen Rundfunks (SDR) belegt. Überhaupt galt Bernhard als einer der Experten für Rundfunkfragen, der seitens seiner Fraktion Anteil an der überaus langwierigen Erarbeitung des Rundfunkgesetzes hatte.<sup>22</sup> Dementsprechend wurde auch 1955 seitens des Landtages sein Mandat im Rundfunkrat des SDR bestätigt, auch wenn Bernhard dem Parlament nicht mehr angehörte. Innerhalb des Rundfunkrates leitete Bernhard dabei das Ressort „Politik und Zeitgeschehen“.

In weit stärkerem Maße als durch sein Engagement beim SDR ist der weitere Lebensweg Bernhards durch seine Tätigkeit im Pressewesen geprägt worden: Zunächst als Herausgeber der Stuttgarter Zeitung, bevor sich schließlich die Stuttgarter Nachrichten zu seiner eigentlichen Lebensaufgabe entwickelten. Eng verbunden damit waren die häufigen Stellungnahmen Bernhards zu pressepolitischen Fragen im Stuttgarter Landtag. Doch wie gestaltete sich überhaupt die Presselandschaft der ersten Wochen und Monate unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges? Auf welchen Grundlagen konnte eine neue Zeitung aufgebaut werden?

In den zwanziger Jahren hatte Stuttgart über eine reichhaltige Zeitungslandschaft verfügt, die sich nach dem „Einbruch der braunen Ära“ zu einem „Zeitungsfriedhof“ entwickelt hatte.<sup>23</sup>

Die Presselandschaft der Weimarer Republik war in starkem Maße durch Parteiorgane geprägt: In Württemberg erschienen 1932 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 556.000 Exemplaren, ein Drittel der württembergischen Presse waren ausgesprochene Parteiblätter. In der Landeshauptstadt Stuttgart war der Anteil der Parteipresse noch deutlich größer. Insgesamt kamen 1932 in der württembergischen Metropole elf selbständige Tageszeitungen heraus, zu denen nochmals zehn weitere Organe der Stuttgarter Vororte hinzutraten.<sup>24</sup> Über eine große Tradition verfügte beispielsweise der Schwäbische Merkur, der von 1785 bis 1925 als reines Familienunternehmen geführt wurde, bis das Blatt durch den Großindustriellen Paul Reusch (Gute Hoffnungshütte) aufgekauft wurde und nachfolgend einen national-konservativen Kurs ein-

22 Zur Rolle Bernhards bei der Ausarbeitung des Rundfunkgesetzes vgl. Verhandlungen des Württemberg-Badischen Landtags Wahlperiode 1946-1950, S. 2073-2075; zur Gründungsgeschichte des SDR Hans Bausch: Rundfunkpolitik nach 1945 Bd. 1: 1945-1962. München 1980, S. 93-105: Zu den Aufgaben der Verwaltungs- und Rundfunkräte vgl. Konrad Dussel: Die Interessen der Allgemeinheit vertreten: Die Tätigkeit der Rundfunk- und Verwaltungsräte von Südwestfunk und Süddeutschem Rundfunk 1949-1969. Baden-Baden 1995.

23 Cron: Zeitungschronik (wie Anm. 1), S. 7, 11.

24 Vgl. Jörg Schweigard: Stuttgart in den Roaring Twenties. Karlsruhe 2012, S. 151.

schlug.<sup>25</sup> Die Interessen der Katholiken wurden durch das Deutsche Volksblatt seit 1848 vertreten, den sozialdemokratischen Standpunkt artikulierte seit 1879 die Schwäbische Tagwacht. Als bürgerliches Organ erschien bereits seit 1843 das Stuttgarter Neue Tagblatt. Bei dieser Zeitung hatte Robert Bosch 1920 die Verlagsmehrheit erworben. „Damit stärkte er nicht nur das liberale Profil Württembergs, sondern entzog die Zeitung auch dem Zugriff des Großindustriellen Hugo Stinnes.“<sup>26</sup> Eine marginale Rolle hatte dagegen in den zwanziger Jahren die NSDAP-Zeitung NS-Kurier gespielt.

Für die Jahre ab 1933 konstatierte Helmut Cron: „Die große und reichhaltige Paillette schwäbischer Publizistik ging im Dritten Reich für immer unter.“<sup>27</sup> Die Verlagsgebäude der Schwäbischen Tagwacht wie auch der Kommunistischen Süddeutschen Arbeiterzeitung wurden bereits in der Phase der „Macht-ergreifung“ besetzt. „Andere Zeitungen, wie der Schwäbische Merkur und die Cannstatter Zeitung, gaben 1938/39 von allein auf.“ Dabei stimmte der Eindruck Crons, wenn dieser davon ausging, dass die Zeitungsschließungen vor allem das Ziel hatten, eine unliebsame Konkurrenz für NS-Organen loszuwerden. Als letztes musste das Stuttgarter Neue Tagblatt kapitulieren, das nach etwas über 100 Jahren am 31. März 1943 dem NS-Kurier einverleibt wurde.<sup>28</sup> Am Ende des Krieges bestanden nur noch die Württembergische Landeszeitung und der NS-Kurier, die am 20. April 1945 zum letzten Mal erschienen.

Erfreulicherweise hatten jedoch sowohl Setz- als auch Rotationsmaschinen des vormaligen Stuttgarter Neuen Tagblatts in der Turmhausdruckerei den Krieg weitgehend unbeschadet überstanden, so dass nur geringe Reparaturarbeiten notwendig waren und die technischen Voraussetzungen für die Herausgabe einer Zeitung schon wenige Wochen nach Kriegsende wieder gegeben waren.<sup>29</sup>

25 Cron: Zeitungschronik (wie Anm. 1), S. 8, 10.

26 Schweigard: Stuttgart (wie Anm. 24), S. 152.

27 Cron: Zeitungschronik (wie Anm. 1), S. 7.

28 Ebd., S. 8 f.

29 Ebd., S. 11 f.



Gesucht wurden jetzt vor allem unbelastete Herausgeber.<sup>30</sup> Zugleich hatten sich die Amerikaner darauf festgelegt, das Wiedererscheinen einer Parteipresse vorerst zu unterbinden. Vielmehr bestand der Gedanke, die Leitung einer Zeitung einem mehrköpfigen Herausgeberkollegium zu übertragen, in dem alle vor Ort relevanten politischen Strömungen vertreten sein sollten. Dies wurde jedoch dadurch erschwert, dass in den ersten Nachkriegswochen die Gründung von Parteien noch untersagt war. In gleicher Weise sollten Verleger, die bereits in den zwanziger Jahren an der Herausgabe einer Zeitung beteiligt waren und möglicherweise in der Zeit des Dritten Reiches Zugeständnisse an die Nationalsozialisten gemacht hatten, als Herausgeber nicht berücksichtigt werden; ehemalige NSDAP-Mitglieder wurden seitens der Besatzungsmacht grundsätzlich von der Mitarbeit in einer Redaktion ausgeschlossen. Unter diesen Voraussetzungen war es relativ leicht, bei der politischen Linken Herausgeber und Redakteure zu finden. Seitens der KPD, die gleich sieben Bewerber präsentieren konnte, legte sich die Besatzungsmacht auf Karl Ackermann<sup>31</sup> fest, Willi Bohn, vormals Chefredakteur der Süddeutschen Arbeiterzeitung, übernahm als Chefredakteur das Ressort Politik. Als Kandidat der SPD stieg Josef Eberle in die Stuttgarter Zeitung ein, wobei in seinem Fall lange Zeit unklar war, ob er den Schwerpunkt seiner journalistischen Tätigkeit in den Rundfunk oder Pressebereich legen würde.<sup>32</sup> Das liberale Lager sollte durch Henry Bernhard vertreten sein, der Kontakt zwischen dem ehemaligen Sekretär Stresemanns und der Besatzungsmacht war durch Helmut Cron hergestellt worden. Der Hinweis auf die Tätigkeit bei Stresemann machte zunächst Eindruck, recht schnell aber kamen Bedenken, die zum größten Teil ungerechtfertigt waren. So wurde Bernhard vorgeworfen, er sei auch 1933 noch im Auswärtigen Amt verblieben und habe von dort eine monatliche Rente in Höhe von 200 Mark erhalten. Verdächtig erschien auch die Tatsache, dass Bernhard in der Presseabteilung von Daimler-Benz ein durchaus namhaftes Salär erhalten hatte. Letztlich wird Bernhard der Umstand geholfen haben, dass kein anderer un-

30 Zu den Grundsätzen amerikanischer Lizenzierungspolitik vgl. Uwe Mönninghoff: Neuanfang und Restauration. Lizenzpresse und Altverleger in Baden und Württemberg. In: Hans-Peter Biege (Hrsg.): Massenmedien in Baden-Württemberg. Stuttgart 1990, S. 88-114, hier S. 90 (Angaben zu den Voraussetzungen für eine Lizenz); vgl. auch Hurwitz: Stunde Null (wie Anm. 4), S. 122-129; Kurt Koszyk: Pressepolitik für Deutsche 1945-1949. Berlin 1986, S. 60ff. u. 66. – Grundsätzlich zum Neubeginn der Presse in Württemberg-Baden vgl. ebd., S. 57-59; Paul Sauer: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Ulm 1978, S. 418-424; Edgar Lersch: „Radio Stuttgart“ und die Stuttgarter Tagespresse. In: ders./Heinz H. Pöker/Paul Sauer (Hrsg.): Stuttgart in den ersten Nachkriegsjahren. Stuttgart 1995, S. 443-477; Stefan Kursawe: Politische Kommentare bei Radio Stuttgart und der Stuttgarter Tagespresse 1945-1947. Magisterarbeit Mannheim 1996; Ders.: Politische Kommentare im Stuttgart der unmittelbaren Nachkriegszeit. In: Rundfunk und Geschichte 23 (1997), S. 208-233.

31 Zur Suche nach einem kommunistischen Lizenznehmer vgl. Cron: Zeitungschronik (wie Anm. 1), S. 27-29, S. 39 f.

32 Ebd., S. 35-38.

belasteter und zugleich namhafter Vertreter des bürgerlichen Lagers als potentieller Herausgeber in Stuttgart zu finden war.<sup>33</sup>

Interessanterweise mussten die neuen Herausgeber keinerlei finanzielle Verpflichtungen erfüllen, im Gegenteil: Im Sommer des Jahres 1945 wurden in der Druckerei des vormaligen Stuttgarter Neuen Tagblatts Zeitungen für die in Nordwürttemberg stationierte US-Heeresgruppe wie auch schon sehr bald wieder das Amtsblatt der Stadt Stuttgart gedruckt.<sup>34</sup> Aus den Einnahmen für Druckaufträge und öffentliche Bekanntmachungen der Stadt standen genug Mittel zur Verfügung, um das Tagesgeschäft zu bestreiten.

Gleichwohl war die Zeitungsarbeit der ersten Nachkriegsjahre für Bernhard und seine Kollegen mit einer Vielzahl von Beschwerden verbunden. Hauptproblem war der Papiermangel, der einen z. T. unregelmäßigen Erscheinungsverlauf zur Folge hatte. So durfte die Stuttgarter Zeitung anfänglich nur zweimal in der Woche erscheinen (Dienstag und Freitag). Der Umfang betrug sechs Seiten, teilweise auch weniger, Anzeigen durften nur für eine achte Seite aufgenommen werden<sup>35</sup> – in der Württemberger Zeitung aus Stuttgart hatte im Jahr 1913 bei florierender Wirtschaft der Anzeigenteil allein 12 Seiten<sup>36</sup> umfasst. Erst ab April 1946 waren drei Ausgaben pro Woche, nun Dienstag, Donnerstag und Samstag, vorgesehen bzw. erlaubt.<sup>37</sup>

Entscheidender war die Tatsache, dass die Besatzungsmacht mit der Lizenz eine Vielzahl von Bedingungen verknüpfte, förmliche Richtlinien und Betriebsanweisungen ausgab, „darin waren Auflage, Erscheinungsweise, Vertriebspreise, Nachrichtenquellen und ähnliches festgelegt. Die Verwendung der Frakturschrift war verboten“.<sup>38</sup> Auch behielten sich die Amerikaner vor, die Lizenz jederzeit wieder entziehen zu können. Derart detaillierte Vorschriften mussten schon fast zwangsläufig zu Auseinandersetzungen mit den Herausgebern führen. Dies war vor allem der Fall, als die Besatzungsmacht auf einer Trennung von Mitteilung und Kommentar bestand und verlangte, dass der Leitartikel nicht mehr auf der Titelseite platziert, sondern vielmehr ins Innere des Blattes verbannt werden sollte.<sup>39</sup> Dies traf auch auf den Widerspruch

33 Vgl. ebd., S. 34 f., S. 58 f.; vgl. auch Mönninghoff: Neuanfang (wie Anm. 30), S. 91.

34 Cron: Zeitungschonik (wie Anm. 1), S. 21-24; S. 53 f. – Zu den Zeitungen des amerikanischen Militärs vgl. auch Sauer: Demokratischer Neubeginn (wie Anm. 30), S. 418.

35 Cron: Zeitungschonik (wie Anm. 1), S. 73; vgl. auch Mönninghoff: Neuanfang (wie Anm. 30), S. 95. Schließlich schrieb die Besatzungsmacht noch vor, dass in der amerikanischen Zone eine Zeitung auf fünf Einwohner kommen sollte, vgl. Johann Wilhelm Naumann: Die Organisation der neuen deutschen Presse. In: Handbuch der deutschen Presse. Bielefeld 1947, S. 85-89, hier: S. 87; zur Klage Bernhards über den beständigen Papiermangel vgl. auch Verhandlungen Landtag I (wie Anm. 22), S. 297 f.

36 Vgl. Schweigard: Stuttgart (wie Anm. 24), S. 151.

37 Cron: Zeitungschonik (wie Anm. 1), S. 73.

38 Mönninghoff: Neuanfang (wie Anm. 30), S. 88.

39 Zu dieser Auseinandersetzung vgl. Cron: Zeitungschonik (wie Anm. 1), S. 65 f. – hier auch zum Folgenden Lersch: Radio Stuttgart (wie Anm. 30), S. 460.

des Verlegertrios, das sich letztlich durchsetzen konnte und auf der deutschen Pressetradition mit einem Leitartikel auf der Titelseite bestand. Ackermann, Eberle und Bernhard hielten an ihrer Position ebenfalls fest, als die Amerikaner im März 1946 nochmals befahlen, den Leitartikel im Zeitungsinneren zu platzieren. Der Befehl wurde letztlich zur Empfehlung herabgestuft und die Stuttgarter Zeitung stilbildend für die Aufmachung weiterer Lizenzzeitungen in der amerikanischen Besatzungszone.

Darüber hinaus hatten sich die Gemeinsamkeiten zwischen den drei Lizenzinhabern bereits innerhalb eines Jahres erschöpft. Letzten Endes musste Henry Bernhard in seinem Abschiedsartikel vom 18. September 1946 einräumen, dass der Meinungsbogen zwischen einem kommunistischen, einem sozialdemokratischen und einem national-liberal geprägten Herausgeber zu weit gespannt worden war. Dabei kritisierte Bernhard zumindest versteckt, dass es dem Mitherausgeber Eberle nicht gelungen war, ein verbindendes und zugleich vermittelndes Element zwischen ihm und Ackermann darzustellen.<sup>40</sup> – Doch woran entzündeten sich nun die Differenzen zwischen Bernhard und Ackermann und den anderen kommunistischen Redakteuren im Einzelnen?

In seinen Briefen beklagte Bernhard häufig, dass es bei der Nachrichtenauswahl kaum Möglichkeiten gab, einen eigenen parteipolitischen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Man denke in diesem Zusammenhang an den anfangs noch unregelmäßigen Erscheinungsverlauf der Stuttgarter Zeitung, das Dauerproblem Papiermangel und die immer wieder drohenden Eingriffe der amerikanischen Besatzungsmacht. In seiner Bilanz kam Bernhard zum Schluss, dass man sich bei den Nachrichten auf das beschränken müsse, was eben in der Welt wichtig sei und im Besonderen für die amerikanische Besatzungszone Relevanz besitze. Zuletzt waren die frühen Lizenzzeitungen ganz auf die Agenturmeldungen der DANA (Nachrichtenagentur für die amerikanische Zone) angewiesen. Bis in den November 1945 hinein gestattete die Besatzungsmacht zudem keine nachträgliche Bearbeitung, da dies als Eingriff in die Substanz der Agenturmeldung angesehen wurde.<sup>41</sup> – Kurz, die Nachrichtenauswahl gab kaum Möglichkeiten zur Formulierung eigener Standpunkte, dafür der jeweilige Leitartikel und weitere politische Kommentare, und gerade hier verschob die Gruppe um Ackermann die Tendenz der Stuttgarter Zeitung ganz massiv nach links. In diesem Sinne klagte Bernhard: „Die Zustände mit der Stuttgarter Zeitung werden immer unerträglicher. Das Blatt hat sich ganz

40 Vgl. StZ 18.9.1946; Lersch: Radio Stuttgart (wie Anm. 30), S. 464 – Auch vor dem Landtag hat Bernhard eingehend aufgezeigt, welche Spannungen entstehen konnten, wenn Vertreter von drei Parteien gemeinsam eine Zeitung herausbringen sollten, vgl. Verhandlungen Landtag I (wie Anm. 22), S. 298.

41 Vgl. Lersch: Radio Stuttgart (wie Anm. 30), S. 461.

auf die KPD eingestellt und die Bevölkerung ist wütend.“<sup>42</sup> Den Beweis für die These Bernhards von einer kommunistischen Unterwanderung der Stuttgarter Zeitung bildeten die Leitartikel Willi Bohns, so z. B. als dieser am 7. November 1945 der Oktoberrevolution gedachte und seinen Artikel mit den Worten schloss: „Man mag politisch und weltanschaulich zur UdSSR stehen wie man will, wer ehrlich ist, wird die gewaltigen Wandlungen anerkennen und sich ernsthaft mit der weltanschaulichen Ideenwelt, die hier ihre schöpferische Kraft unter Beweis stellt, auseinandersetzen.“<sup>43</sup>

Im März 1946 wurden die diametral gegensätzlichen Standpunkte in der Redaktion der Stuttgarter Zeitung schließlich auch dem Leser offenkundig, als einer der kommunistischen Redakteure „ein anschauliches Bild des wirtschaftlichen Wiederaufbaues in der Ostzone“ zeichnete und mit Stolz berichtete: Aufgrund des Wirkens der antifaschistischen Parteien seien hier wirtschaftlich „die früheren Ergebnisse erreicht. Eine ganze Anzahl von Betrieben hat die im Gesamtproduktionsplan vorgesehene Soll-Kapazität bereits überschritten.“ Als Entgegnung auf diesen Artikel konnte Bernhard in der sowjetischen Besatzungszone lediglich „Spuren einer gewissen geistigen Formierung“ sowie eine „monopolartige Gedankenrichtung“ erkennen.<sup>44</sup>

Letzten Endes musste Bernhard, wie ein Freund in einem Schreiben bestätigte, zu der Überzeugung kommen: „eine bürgerliche Zeitung tut Stuttgart bitter Not.“<sup>45</sup> – Diese Ansicht setzte sich letzten Endes auch bei der amerikanischen Besatzungsmacht durch,<sup>46</sup> zumal es innerhalb der Redaktion der Stutt-

42 Henry Bernhard an Robert Platow, 26.10.1946, zit. nach Koszyk: Pressepolitik (wie Anm. 30), S. 58; auch gegenüber anderen Korrespondenzpartner beklagte Bernhard wiederholt eine Unterwanderung der Lizenzpresse durch Kommunisten, worin er eine ernst zu nehmende Gefahr für die Nachkriegsdemokratie sah (vgl. ebd., S. 372, Anm. 10); zu Klagen über zu starken kommunistischen Einfluss innerhalb der StZ auch Vietzen: Chronik (wie Anm. 2), S. 515. Nach Vietzen waren es vor allem diese Klagen, die letztlich zur Gründung der StN führten.

43 StZ 7.11.1945: Der Nachbar im Osten. Zum 28. Jahrestag der UdSSR.

44 Vgl. StZ 30.3.1946 (Artikel von R. Goetz: Hinter dem Eisernen Vorhang) – StZ 9.04.1946 (Artikel von Henry Bernhard: Blick über die „grüne Grenze“) – Die Redaktion brachte den scharfen Gegensatz zwischen beiden Artikeln in einem Vorwort ausdrücklich zur Sprache: „In Befolgung des demokratischen Grundsatzes, politische und wirtschaftliche Tatbestände von den verschiedenen Blickpunkten aus zu betrachten nimmt heute Henry Bernhard das Wort zu den Verhältnissen >Hinter dem Eisernen Vorhang<.“; auch Lersch: Radio Stuttgart (wie Anm. 30), S. 463. – Zur Kritik Bernhards an den Verhältnissen in der SBZ vgl. auch Verhandlungen Landtag I (wie Anm. 22), S. 267 f.

45 Kurt Roschmann an Henry Bernhard, 9.11.1946, zit. bei Lersch: Radio Stuttgart (wie Anm. 30), S. 474 Anm. 30.

46 Vgl. Hurwitz: Stunde Null (wie Anm. 4), S. 139 f. Hurwitz zeigt an dieser Stelle zugleich auf, dass aufgrund der unterschiedlichen politischen Zusammensetzung der Herausbergremien diese sich allzu häufig als instabil erwiesen und durch ein hohes Maß an Personalfuktuation gekennzeichnet waren. Vgl. auch ebd., S. 323.

garter Zeitung auch zur Unruhe gekommen war.<sup>47</sup> Seitens der bürgerlichen Redakteure wurde beklagt, Ackermann missbrauche die Zeitung für parteipolitische Angelegenheiten.<sup>48</sup>

Folglich entschieden sich nun die Amerikaner zum grundlegenden Umbau des Herausgebertrios: Karl Ackermann erhielt ein neues Wirkungsfeld beim Mannheimer Morgen, während Bernhard fortan zum Lizenzträger der Stuttgarter Nachrichten avancierte.<sup>49</sup> – Die Stuttgarter Zeitung wurde künftig von Josef Eberle, Erich Schairer und Franz Karl Maier herausgegeben – gerade Letzterer sollte schon bald zum Gegenspieler Bernhards wie auch fast des gesamten politischen Establishments in Württemberg–Baden werden.

Bernhard war überzeugt, die Stuttgarter Nachrichten ganz in seinem Sinn prägen zu können.<sup>50</sup> Als Mitherausgeber wurde ihm der Sozialdemokrat Erwin Schöttle zur Seite gestellt. Dabei konnte Bernhard durchaus der Überzeugung sein, diesen „im Griff“ zu haben. Schöttle war Landesvorsitzender der SPD in Württemberg-Baden und sollte schon bald als Bundestagsabgeordneter nach Bonn wechseln. Seine Kräfte waren somit gebunden, die Möglichkeiten für eine aktive Rolle innerhalb der Redaktion begrenzt. Wohl nicht ohne Verärgerung musste Bernhard jedoch hinnehmen, dass die Amerikaner mit Otto Färber auf einem weiteren Herausgeber bestanden. Der tief katholisch geprägte Färber wurde innerhalb kürzester Zeit zum Konkurrenten in der eigenen Redaktion. Für Färber war Bernhard schon aufgrund seines Engagements bei den Freimaurern überaus suspekt. Auch unterstellte Färber, Bernhard habe die gesamte Redaktion bewusst mit Logenbrüdern durchsetzt und versuche ihn bei jeder passenden Gelegenheit auszubooten. Allzu gerne, so der Vorwurf Färbers, habe ihn Bernhard auf Auslandsreisen entsandt, um in der Redaktion freischalten und walten zu können. In diesem Sinne machte Färber auch eine Ko-

47 Eine ähnliche Problematik wie bei der Stuttgarter Zeitung erlebte auch Theodor Heuss bei der Rhein-Neckar-Zeitung. Als Kultminister in Stuttgart konnte er nur wenig liberales Gedankengut in das Blatt mit einbringen, vielmehr dominierten der Kommunist Rudolf Agricola als Chefredakteur sowie der Sozialdemokrat Hermann Knorr als Verlagsleiter die Linie des Blattes. – Interessant ist das Verhältnis zu Agricola, das anfänglich durchaus entspannt war, jedoch kam es 1948 zum Bruch, als Agricola im Mannheimer Morgen (Knorr hatte den Abdruck in der Rhein-Neckar-Zeitung verweigert) einen Artikel veröffentlichte, in dem er die Frage stellte, ob diejenigen, die dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatten und sich zwölf Jahre in die braune Diktatur eingereiht hätten, nunmehr als Hoffnungsträger für den demokratischen Neuaufbau anzusehen seien. Da Agricola das Rektorat der Universität Halle/ Saale übernahm, wurde er schließlich von den Amerikanern zur Aufgabe seiner Lizenz gezwungen. Heuss gab diese nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten auf, so dass Knorr als einziger Herausgeber verblieb, vgl. Peter Merseburger: Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident. Biographie. München 2012, S. 375-378.

48 Lersch: Radio Stuttgart (wie Anm. 30), S. 465.

49 Zu den Anfängen der StN vgl. M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 43.

50 Zum Verhältnis Bernhards zu seinen Mitherausgebern, insbesondere zu Otto Färber vgl. Otto Färber: Gott der Scherbenflicker. Erkenntnisse und Bekenntnisse. Leutkirch 1983, S. 206-210.

alition von SPD und FDP, die sich gegen ihn richte, aus. Zieht man Bilanz, so ist das Verhältnis von Bernhard zu Färber während 14 Jahren gemeinsamer Herausgebertätigkeit durch fortgesetzte Eifersüchteleien gekennzeichnet.<sup>51</sup> Zu einer gewissen Entlastung kam es, als Färber österreichischer Honorarkonsul in Stuttgart wurde, was aus Sicht Bernhards einen enormen Prestigegewinn für das Blatt darstellte.<sup>52</sup>

Dieser war auch notwendig, da die Stuttgarter Nachrichten nach ihrer Gründung im Herbst 1946 gegenüber der ja schon ein Jahr länger bestehenden Zeitung in der Defensive waren und sich überhaupt erst einmal ein Leserpublikum erobern mussten.<sup>53</sup> Gleichwohl ist es den Stuttgarter Nachrichten gelungen, sich zu behaupten. In der Folgezeit standen sich die Stuttgarter Zeitung als eher links geprägtes Organ sowie die Stuttgarter Nachrichten als bürgerliche Zeitung gegenüber – trotz aller Eifersüchteleien gelang es Bernhard, mit Färber und Schöttle zumindest weitgehend auf eine politische Grundausrichtung der Zeitung zu kommen.

#### 4. Politische und journalistische Konflikte – Henry Bernhard als Mitherausgeber und Chefredakteur der Stuttgarter Nachrichten

Kernpunkt der Auseinandersetzungen zwischen den beiden Blättern war 1946/47 das Thema Entnazifizierung und damit eng verbunden, die Frage, inwiefern Ministerpräsident Reinhold Maier und der designierte Kultminister Wilhelm Simpfendörfer durch die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz für die Etablierung der NS-Diktatur mitverantwortlich waren.

Im September 1946 hatte Franz Karl Maier (FKM) – der Nachfolger Bernhards als Herausgeber der Stuttgarter Zeitung, der zugleich als Ankläger bei der Stuttgarter Spruchkammer tätig war – vor dieser den ehemaligen Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht, der sich nach seinem Nürnberger Freispruch zeitweilig in Württemberg-Baden aufhielt, angeklagt.<sup>54</sup> Die Anklage

51 Vgl. ebd., S. 207-210; M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 43, 46; die Rivalitäten innerhalb der Redaktion waren auch der Besatzungsmacht innerhalb kürzester Zeit aufgefallen: „Sie (die Zeitung) hat überhaupt keine eigene Linie. Denn niemand ist bereit, Artikeln zuzustimmen, die für eine andere Partei eintreten. Aber wenigstens besteht noch die Möglichkeit, dass ein Lizenzträger die Nase voll hat und seinen Anteil abgibt.“ – Einschätzung eines US-Presseoffiziers zit. nach Hurwitz: Stunde Null (wie Anm. 4), S. 140. Entgegen der letzten geäußerten Vermutung blieb das Lizenznehmertrio der StN beisammen, während sich bei den meisten anderen Lizenzzeitungen ein Herausgeberduo etablierte, vgl. ebd., S. 141 f.).

52 Färber: Gott (wie Anm. 50), S. 244.

53 Die StN erschienen zunächst zweimal wöchentlich (Di. und Do., Umfang von 4 Seiten) mit einer Auflage von 140.000 Exemplaren, davon 50.000 in Stuttgart, vgl. Vietzen: Chronik (wie Anm. 2), S. 516.

54 Franz Karl Maier: Ist Schacht ein Verbrecher? Anklageschrift des früheren Anklägers bei der Spruchkammer Stuttgart. Reutlingen 1947, ND Berlin 1988.

war mit ausdrücklicher Billigung der Landesregierung unter Reinhold Maier erfolgt und traf auch bei der amerikanischen Besatzungsmacht auf Zustimmung. Doch ließ es Franz Karl Maier nicht bei der Anklage Schachts bewenden, sondern griff schon bald die Landesregierung, namentlich Reinhold Maier und den Präsidenten der Vorläufigen Volksvertretung und designierten Kultminister Wilhelm Simpfendörfer massiv an.<sup>55</sup> Unmittelbar im Gefolge der ersten Landtagswahlen erschien in der Stuttgarter Zeitung ein Artikel unter der Überschrift „Über unsere Kraft“,<sup>56</sup> in dem Franz Karl Maier eine konsequente Durchführung des Befreiungsgesetzes forderte und er vor allem Simpfendörfer als einen Mann brandmarkte, „der bekanntermaßen an der Zerschlagung der Weimarer Verfassung aktiv beteiligt war“. Zweieinhalb Wochen später veröffentlichte FKM einen weiteren Angriff auf Maier und Simpfendörfer unter der Überschrift „Eine traurige Geschichte“.<sup>57</sup> In dieser wurde das Schicksal eines kleinen Beamten mit dem der beiden Politiker kontrastiert. Während der von FKM vorgestellte kleine Beamte 1933 in die NSDAP eingetreten war und sich nunmehr schwersten Sanktionen wie Zwangsarbeit und Berufsverbot ausgesetzt sehe, seien Reinhold Maier wie Wilhelm Simpfendörfer nunmehr sogar aufgestiegen und hätten es bis zum Minister- bzw. Landtagspräsidenten gebracht. Dabei hätten sie durch ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz einen wesentlichen Beitrag zur Zerstörung der Weimarer Demokratie geleistet, ja viele kleine Leute seien überhaupt erst in die NSDAP eingetreten, nachdem Männer wie Maier und Simpfendörfer das Ermächtigungsgesetz gebilligt hätten und müssten nunmehr dafür büßen.

In den folgenden Monaten spitzte sich die Auseinandersetzung zwischen Franz Karl Maier und dem Ministerpräsidenten rasch zu, vor allem als der Herausgeber der Stuttgarter Zeitung im Januar 1947 vor der Stuttgarter Spruchkammer Klage gegen beide Spitzenpolitiker erhob und im Gegenzug vom Befreiungsminister Gottlob Kamm wegen Kompetenzüberschreitung von seinem Amt als Ankläger bei der Spruchkammer entbunden wurde.<sup>58</sup>

Gleichzeitig kam es zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der im Landtag das Verhalten der „Ja-Sager“ zum Ermächtigungsgesetz erörtern

55 Zum nachfolgend geschilderten Fall „Maier gegen Maier“ vgl. Ernst-Wolfgang Becker: Politischer Irrtum im Zeugenstand. Zur Einführung in die Edition, in: Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungsausschusses des Württemberg-Badischen Landtages aus dem Jahr 1947 zur Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März 1933. Hrsg. und bearb. im Auftrag der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus und des Landtages von Baden-Württemberg von Ernst Wolfgang Becker und Thomas Rösslein. Stuttgart 2003, S. 15-39; Ernst-Wolfgang Becker: Ermächtigung zum politischen Irrtum. Stuttgart 2001; Klaus-Jürgen Matz: Reinhold Maier. Eine politische Biographie. Düsseldorf 1987, S. 287-296. Justus Fürstenau: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik. Neuwied 1969, S. 194-197.

56 StZ 9.11.1946.

57 StZ 21.11.1946.

58 Becker: Politischer Irrtum (wie Anm. 55), S. 18.

sollte. Im März 1947 wurde schließlich auch das von FKM in Gang gesetzte und nur zwischenzeitlich ausgesetzte Spruchkammerverfahren gegen Reinhold Maier und Wilhelm Simpfendörfer wieder aufgenommen. Eine nochmalige Verschärfung trat im März ein, als Franz Karl Maier noch eine Schrift Simpfendörfers aus dem Jahr 1936 der Öffentlichkeit bekannt machte, in der Simpfendörfer in flammenden Worten zur Wahl Hitlers aufgerufen hatte.<sup>59</sup> Hinzu traten nunmehr auch scharfe Angriffe Franz Karl Maiers auf den Befreiungsminister, dessen Rücktritt er für geboten hielt, „weil er in der Frage der Anklageerhebung gegen Ermächtigungsgesetzler eine Haltung eingenommen hat, die mit den Pflichten eines Ministers für politische Befreiung nicht in Einklang zu bringen ist.“<sup>60</sup>

Die Auseinandersetzung mit Franz Karl Maier wurde für Henry Bernhard zu einem der zentralen Themen zwischen Spätherbst 1946 und Frühjahr 1947. Denn nicht nur die Stuttgarter Zeitung, sondern weite Teile der Lizenzpresse stimmten in die Kritik gegen Ministerpräsident und Kultminister ein,<sup>61</sup> lediglich die Stuttgarter Nachrichten waren eines der wenigen Organe, das die Regierung unterstützte und dementsprechend von der Stuttgarter Zeitung als gouvernementales Organ dargestellt wurde. Natürlich gilt es dabei zu berücksichtigen, dass Bernhard ebenfalls Mitglied des ersten Landtags von Württemberg-Baden war und wie der Ministerpräsident der DVP angehörte. Dementsprechend versuchten die Stuttgarter Nachrichten gegenzusteuern, so dass sich Franz Karl Maier von Bernhard die Frage gefallen lassen musste, „Wozu der Lärm?“<sup>62</sup> So warf dieser Maier vor, im Stile des Nazi-Systems politische Persönlichkeiten zu diffamieren: Franz Karl Maier wolle die Entnazifizierung krampfhaft ausweiten und handle in allererster Linie aus politischer Sensationsgier. Nach der Überzeugung Bernhards wie auch einer breiten Mehrheit im württemberg-badischen Landtag ging es Franz Karl Maier vor allem um die „Popularität des Verreißen der Parlamente“, FKM handle in „rechthaberischer und dialektischer Selbstgerechtigkeit.“<sup>63</sup> Auch wiesen die Stuttgarter Nachrichten immer wieder darauf hin, dass die Regierungsvertreter den Angriffen der Lizenzpresse gleichsam schutzlos gegenüberstünden, da eine parteipoli-

59 Vgl. StZ 19.3.1947.

60 StZ 19.3.1947; Demokratie kann nur aus dem Volke kommen.

61 Die in einigen Lizenz-Organen vorgetragene Kritik war in einer Reihe von Fällen unzutreffend und ehrabschneidend, beispielsweise wurden Ministerpräsident Reinhold Maier „Landesverrat hinsichtlich seiner Arbeit als württembergischer Wirtschaftsminister sowie die erzwungene Scheidung von seiner jüdischen Ehefrau 1943 vorgeworfen – letztlich halt- und geschmacklose Vorwürfe, wie sich herausstellen sollte“, so Becker: Politischer Irrtum (wie Anm. 55), S. 30.

62 StN 28.1.1947; Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 79.

63 Vgl. StN 12.2.1947; Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 79 f.



tisch gebundene Tagespresse nicht bestand, die Maier oder Simpfendörfer hätte in Schutz nehmen können.<sup>64</sup>

Wenngleich die Schrift Simpfendörfers aus dem Jahr 1936 auch von den Stuttgarter Nachrichten nicht gebilligt werden konnte, betonten Bernhard, Schöttle und Färber auch nach diesem neuerlichen Angriff FKMs auf den Kultminister die Notwendigkeit einer Verständigung und wiederholten regelmäßig, es mache keinen Sinn, in alten Veröffentlichungen zu wühlen.<sup>65</sup>

Letztendlich hat sich der Standpunkt der Stuttgarter Nachrichten durchgesetzt. Das Spruchkammerverfahren gegen Ministerpräsident Reinhold Maier wurde bereits im Frühjahr 1947 eingestellt.<sup>66</sup> Etwas schwieriger gestaltete sich die Situation jedoch für Wilhelm Simpfendörfer, ein Urteilsspruch erfolgte erst im September 1947. Simpfendörfer wurde als minderbelastet eingestuft und zudem zu einer Geldstrafe verurteilt. Dagegen legte er Revision ein und konnte im Februar 1948 ebenfalls seinen Freispruch durchsetzen. Folglich blieb das Thema „Entnazifizierung“ auch weiterhin Gegenstand der Stuttgarter Pressekommentare, so dass FKM beklagte: „Man hat den Deutschen die Aufgabe der Säuberung von Nationalsozialismus und Militarismus in eigener Verantwortung übertragen ... Es wird sich niemand finden, der behaupten wolle, wir hätten sie bestanden.“<sup>67</sup>

Dem stellten die Stuttgarter Nachrichten erneut eine andere Sicht der Dinge gegenüber. Diese beklagten vielmehr das allzu schematische Vorgehen der amerikanischen Besatzungsmacht in Entnazifizierungsfragen. Viel zu viele Mitläufer würden übermäßig hart bestraft – und gleichzeitig dem Aufbauprozess entzogen.<sup>68</sup> Dem entsprach auch die Position Bernhards, als er sich noch als Herausgeber der Stuttgarter Zeitung mit dem Thema Militarismus beschäftigt und die Frage nach den Ursachen für den Untergang der Weimarer Republik gestellt hatte.<sup>69</sup> Verantwortlich für die Krise Weimars waren für Bernhard strukturelle Fehler der Reichsverfassung (Einführung Verhältniswahl) wie auch die Arbeitslosigkeit im Gefolge der Weltwirtschaftskrise. Vor allem aber konstatierte Bernhard eine politische Unreife, die das deutsche Volk verführbar gemacht habe. In den Soldaten des Weltkrieges sah er die „Geköderten, Verführten, Überlisteten und Betrogenen. Der Militarismus, die expansive Außenpolitik des Dritten Reiches, diese Politik wurde dem Deutschen Volk sozusagen aufgezwungen und es ließ sie sich z. T. aus politischer Unreife auf-

64 StN 12.2.1947; Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 80.

65 StN 29.3.1947; Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 81.

66 Zum Ausgang der Verfahren gegen Reinhold Maier und Wilhelm Simpfendörfer vgl. Becker: Politischer Irrtum (wie Anm. 55), S. 31–33.

67 StZ 5.5.1948: Renazifizierung; ebenfalls kritische Wertung der Urteile gegen Maier und Simpfendörfer bei Fürstenau: Entnazifizierung (wie Anm. 55), S. 196.

68 Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 110.

69 StZ 23.1.1946, vgl. zur Bewertung des Artikels auch Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 82 f.

zwingen“. Zudem waren es die militärischen Eliten, die aus der Sicht Bernhards die Dolchstoßlegende kultiviert hatten und den „Komplex ... der Erste Weltkrieg sei zu Unrecht verloren gegangen“, gepflegt, ja dem Deutschen Volk eingeredet hätten. Mit anderen Worten: Bernhard lehnte den Gedanken einer deutschen Kollektivschuld ab. Vielmehr war es aus seiner Sicht eine klar umrissene Gruppe bzw. deutlich auszumachende Institutionen, die den Nationalsozialismus heraufgeführt hatten. In späteren Publikationen wird sich Bernhard dann zu einer Kollektivverantwortung des deutschen Volkes bekennen: „Es ist uns bewusst, dass wir eine kollektive Verantwortung des Deutschen Volkes für den Schaden, den der Nationalsozialismus in Europa und in der Welt angerichtet hat, anerkennen müssen. Wir wollen sie anerkennen.“<sup>70</sup> Es gehe nicht an, so Bernhard weiter, dass die Deutschen nunmehr sagen könnten, man habe nichts mehr mit dem Nationalsozialismus zu tun, man fange gleich wieder neu an. Dennoch hat Bernhard dieses Eingeständnis der deutschen Kollektivverantwortung gleich wieder relativiert, indem er feststellt, es gebe eine Kollektivschuld der Menschheit für den Nationalsozialismus, auch im Ausland habe es fanatische Kämpfer für Hitler und wohlwollende Förderer des Nationalsozialismus gegeben. Die ganze Welt habe uneinig beim Aufstieg Hitlers zugeesehen, England sogar 1935 einen Flottenvertrag mit dem Reich geschlossen, genauso wie der Bruch des Paktes von Locarno 1936 und der Einmarsch ins Sudetenland 1938 ohne wirkliche Gegenwehr hingenommen worden seien.<sup>71</sup> Somit kam Bernhard zu dem Schluss: „Betrachtet man den Weg von der Weimarer Republik bis zum Dritten Reich und die 12 Jahre Nationalsozialismus, so muss man feststellen, dass Schuld und Schicksal nicht nur Deutschland, nicht nur Europa, sondern die ganze Welt verstrickt.“<sup>72</sup>

Bei der Durchsetzung der Entnazifizierung, so letztlich die Überzeugung Bernhards, galt es gegen die wahren Täter vorzugehen. Mit Empörung konstatierte er, es gebe Gerüchte, dass seitens der Amerikaner Überlegungen angestellt würden, beim Aufbau der Wirtschaft auf Hjalmar Schacht zurückzugreifen. Dieser hatte nach Überzeugung Bernhards bereits genug Unheil angerichtet und sollte hierfür bestraft werden.<sup>73</sup> Im Ergebnis stand somit für die Stuttgarter Nachrichten der Blick nach vorne im Vordergrund. Es galt das Heer der vielen Mitläufer und Minderbelasteten für den demokratischen Aufbau zu gewinnen, bestraft werden sollten vor allem führende Repräsentanten des NS-Regimes.<sup>74</sup>

70 Henry Bernhard/Fritz Eberhard: Überlegungen zum deutschen Friedensvertrag, in: Henry Bernhard/Fritz Eberhard (Hrsg.): *Schwerer Weg zum Frieden*. Stuttgart 1947, S. 3-24, hier: S. 3 f.

71 Vgl. ebd., S. 4-7.

72 Ebd., S. 4.

73 Vgl. auch Verhandlungen Landtag I (wie Anm. 22), S. 797.

74 Ebd., S. 797.

Der Streit um das Vorgehen in der Entnazifizierung bildete keineswegs den einzigen Punkt in der Auseinandersetzung der beiden Stuttgarter Blätter: Auch die aktuelle Landespolitik bot vielfältigen Stoff zur Profilierung als regierungsnahes bzw. regierungskritisches Organ. Im Herbst 1946 war es zur Bildung einer Allparteienkoalition, wiederum unter der Führung von Reinhold Maier, gekommen. Aus Sicht der Stuttgarter Zeitung war das ein Skandal: Man habe mit ansehen müssen, „wie sämtliche vier Parteien in mehrwöchigem Kuhhandel die Regierungspositionen unter sich ausknobelten, weil die Not der Zeit angeblich keine Opposition gestatte, sondern nach einer Einheitsfront der Parteien verlange.“<sup>75</sup> – Im Gegenzug stellte für die Stuttgarter Nachrichten die Allparteienkoalition angesichts der Nachkriegsnot eine Notwendigkeit dar. Daher bekannten sich die Nachrichten zu einer Opposition, die jedoch eine gemeinsame Opposition gegen Not und Elend sein sollte.<sup>76</sup>

Durch die scharfen Angriffe der Stuttgarter Zeitung auf die Regierung, konkret auf den Ministerpräsidenten, Kultminister Simpfendörfer und schließlich auch auf den sozialdemokratischen Befreiungsminister Kamm, verschlechterte sich das Klima zwischen Lizenzpresse einerseits und allen Landtagsfraktionen andererseits im Frühjahr 1947 überaus stark. Wiederholt, und unmittelbar im Gefolge der Beratungen des Falles Maier gegen Maier, wurde nun im Landtag der Antrag gestellt, zur Tradition der Parteiorgane der Weimarer Zeit zurückzukehren oder genauer gesagt, bei der amerikanischen Besatzungsmacht die Zulassung von Parteiblättern zu beantragen.<sup>77</sup> In der von allen Parteien getragenen Antragsbegründung wurde darauf hingewiesen, dass die Politiker schutzlos den Angriffen der Lizenzpresse ausgesetzt seien, während ihnen gleichzeitig jegliches Forum fehle, um ihren Standpunkt zu verteidigen. Im Zentrum der Angriffe stand freilich Franz Karl Maier, der von einigen Landtagsrednern mit Goebbels verglichen wurde und von dem das Bild eines gewissenlosen Demagogen gezeichnet wurde. Diesem gehe es lediglich darum, verdiente Politiker zu beschädigen und auf diese Weise den demokratischen Neuaufbau zu gefährden.

Den scharfen Angriffen aus dem Landtag standen wiederum Polemiken auf Seiten der Lizenzpresse gegenüber, in denen das mangelnde Niveau der politischen Elite beklagt wurde. Am Ende hatte sich eine überaus scharfe Frontstellung zwischen Politik einerseits und nahezu sämtlichen Lizenzzeitungen andererseits herausgebildet.<sup>78</sup> In dieser Auseinandersetzung hatte Bernhard

75 StZ 19.3.1947: Der Unterschied.

76 StN 26.11.1946; Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 126 f.

77 Zum Folgenden vgl. Verhandlungen Landtag I (wie Anm. 22), S. 292 ff., vgl. auch Sauer: Demokratischer Neubeginn (wie Anm. 30), S. 421; zu den Auseinandersetzungen zwischen Landtag und Presse vgl. auch Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 121-124; zur zeitweilig widersprüchlichen, am Ende jedoch ablehnenden Haltung der Amerikaner gegenüber Parteiorganen vgl. Hurwitz: Stunde Null (wie Anm. 4), S. 153-160.

78 Vgl. Hurwitz: Stunde Null (wie Anm. 4), S. 158.

eine Sonderrolle inne und versuchte in der Landtagsdebatte, in der Anfang April 1947 über den Wunsch nach Zulassung von Parteiorganen beraten wurde, zu vermitteln.

In seinen überaus breiten Ausführungen gestand Bernhard einerseits ein, „dass das Anschwellen der Zornesader bei den Parteien gegen die Lizenzpresse in vielerlei Hinsicht berechtigt ist“. Daher stimme er seinen Landtagskollegen zu, dass viele Lizenzträger förmlich hochmütig auftreten würden und durch überaus scharfe Invektiven das Ansehen der Parlamentarier beschädigt hätten. Besonders Versuche, „uns als Berufspolitiker zu diffamieren, müssen wir als Nazi-Methoden mit aller Energie zurückweisen“. <sup>79</sup> Darüber hinaus betonte Bernhard die Notwendigkeit einer größeren Konkurrenz auf dem Pressesektor, auch aus diesem prinzipiellen Argument stimmte er mit seinen Landtagskollegen überein, dass Parteiorgane zugelassen werden müssten. Gleichwohl bemühte sich Bernhard darum, auch im Landtag auf die Schwierigkeiten der Lizenzorgane hinzuweisen. Erstens sei es keineswegs böser Wille der Amerikaner, ausschließlich Lizenzorgane zuzulassen, die Zahl der Zeitungen müsse schon allein aufgrund des enormen Papiermangels begrenzt bleiben. Zweitens sei die Arbeit in den Redaktionen der Lizenzzeitungen keineswegs einfach, es sei schwierig, geeignetes Personal zu finden, das politisch unbelastet sei, genauso wie zwischen den einzelnen Redakteuren und Herausgebern trotz unterschiedlicher parteipolitischer Standpunkte ein gemeinsamer Nenner gefunden werden müsse. <sup>80</sup> Auch sollten drittens die Parteien durchaus einmal eingestehen,

„dass – von unrühmlichen Ausnahmen einmal abgesehen – die Parteien beim Aufbau ihrer Organisation, beim Aufbau ihrer Ideologie von dem größten Teil der Lizenzpresse auch unterstützt worden sind. Das gilt für alle Parteien. Es gibt viele Fälle, in denen die Lizenzträger verschiedenen Parteien angehören und in den einzelnen Lizenzzeitungen mit gutem Erfolg zusammengearbeitet haben.“ <sup>81</sup>

Mit Recht konnte darauf hingewiesen werden, dass fast in allen Lizenzzeitungen Vertreter der vier Landtagsparteien mit einer gewissen Regelmäßigkeit zu Wort kamen. <sup>82</sup> Schlussendlich wies Bernhard seine Kollegen noch darauf hin, dass auch die Presselandschaft nicht zu stark aufgesplittert werden dürfe. Man stelle sich vor, es gäbe wie in der Weimarer Zeit 46 Parteien und jede könne über eine eigene Zeitung oder gar noch einen eigenen Sender verfügen. <sup>83</sup> Zuletzt müsse man auch einmal mit der Lizenzpresse Milde walten lassen, Ein-

79 Die Zitate: Verhandlungen Landtag I (wie Anm. 22), S. 296.

80 Ebd., S. 298.

81 Ebd., S. 298.

82 Ebd., S. 298.

83 Ebd., S. 299.

seitigkeiten und Verdrehungen könnten genauso gut bei Parteiorganen entstehen.

Im Ergebnis freilich stimmte Bernhard dem am Ende einstimmig angenommenen Antrag auf eine möglichst baldige Zulassung von Parteiorganen zu.<sup>84</sup> Eine konkrete Wirkung hatte der Antrag nicht, die Erteilung der Generallizenz erfolgte erst zwei Jahre später.<sup>85</sup> Damit war seit 1949 auch die Möglichkeit zur Neugründung von Parteiblättern eröffnet, jedoch konnten diese den Vorsprung der Lizenzpresse auf dem Zeitungsmarkt nicht mehr einholen.

## 5. „Die Entwicklung zu einer neuen Weltordnung ... Europa ist im Werden“<sup>86</sup>. Zur europapolitischen Konzeption Henry Bernhards

Neben Pressefragen<sup>87</sup> hat sich Bernhard im Rahmen seiner Landtagsarbeit schließlich ganz in der Tradition Stresemanns vor allem mit Fragen der internationalen Politik bzw. der Zukunft Europas auseinandergesetzt. Auch darüber hinaus ist Bernhard organisatorisch und publizistisch für den Gedanken der europäischen Einigung eingetreten.

Bereits am 1. Mai 1946 trat Bernhard auf einer gemeinsamen Kundgebung von Parteien und Gewerkschaften auf, um für den europäischen Gedanken zu werben, und noch im Spätherbst desselben Jahres bemühte er sich um die Gründung einer Gruppe „Europäische Aktion. Landesverband Württemberg-Baden“.<sup>88</sup> Der Lizenzantrag wurde im November/ Dezember 1946 gestellt, die Erteilung der Lizenz erfolgte im Frühjahr 1947. Bernhard wurde offiziell Vorsitzender des Landesverbandes, der sich zum Ziel gesetzt hatte, parteiübergreifend als „Träger der Verbreitung der europäischen Idee... durch Vermittlung von Rednern, Diskussions- und Lesematerial“ hervorzutreten.<sup>89</sup> Dementsprechend sprach Bernhard seit Ende Juni 1947 in einer Reihe von Vorträgen zum Thema Gemeinsames Europa im SDR, genauso wie er bereits während der Laufzeit des Lizenzantrages begonnen hatte, eine Schriftenreihe der Stuttgarter Nachrichten herauszugeben, die sich unter dem Titel „Werdendes Eu-

84 Sauer: Demokratischer Neubeginn (wie Anm. 30), S. 421.

85 Verhandlungen Landtag I (wie Anm. 22), S. 2819 ff.; Sauer: Demokratischer Neubeginn (wie Anm. 30), S. 425.

86 Henry Bernhard: Werdendes Europa. Hamburg 1947, S. 15.

87 Zu Bernhard als Pressefachmann innerhalb des Landtages vgl. auch dessen Bericht über ein (vorläufiges) Pressegesetz, in: Verhandlungen der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden. 16. Sitzung, Sonderdruck, S. 1-6.

88 Zum Folgenden vgl. Walter Lipgens: Die Anfänge der Europäischen Bewegung 1945-1950 I. Teil. Stuttgart 1977, S. 414-417.

89 Leitsätze zum Lizenzantrag der „Europäischen Aktion“, zit. bei Lipgens: Anfänge (wie Anm. 88), S. 416.

ropa“ der Propagierung des europäischen Gedankens widmete.<sup>90</sup> Schließlich war Bernhard einer der Initiatoren für die Gründung des „Europa-Bundes“, d.h. des Zusammenschlusses aller paneuropäischen Gruppen auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik.<sup>91</sup> Zugleich übernahm er für ein Jahr den Vorsitz der Organisation und konnte auf der Gründungsversammlung in Frankfurt am Main nochmals sein Europa-Konzept vorstellen.<sup>92</sup>

Vorbild für die Europaidee Bernhards bildete einerseits das idealistische Diktum von Aristide Briand, der kurz vor seinem Tod ausgerufen habe, man solle nicht nur an das Europa von 1930, nein vielmehr an das Europa von 1950, ja das von 1980 denken.<sup>93</sup> In diesem Sinne gelte es weit in die Zukunft hinauszuschauen. Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges sollten nunmehr schon Pläne für das Jahr 2000 geschmiedet werden. Indem er andererseits die letzte Rede Stresemanns vor dem Völkerbund aus dem Jahr 1929 aufgriff, hob Bernhard immer wieder hervor, dass das Zeitalter der Nationalstaaten und die Herausbildung immer neuer Staaten und damit verbunden neuer Nationalismen wie im Gefolge des Versailler Vertrages endlich vorbei sein müsse. Als Folge des Versailler Vertrages habe man nichts weiter gesehen als „neue Grenzen, neue Maße, neue Gewichte, ... neue Münzen, ein fortwährendes Stocken des Verkehrs“ infolge neuer Grenzen und Kontrollen.<sup>94</sup> Im Anschluss an Stresemann forderte Bernhard dementsprechend den Abbau von Handelshemmnissen und die Schaffung einer europäischen Währungsunion.<sup>95</sup>

Ein vereintes Europa, so Bernhard weiter, sei für die Deutschen durchaus mit Opfern verbunden. Endlich müsse Deutschland einmal lernen, auf die stete Betonung des nationalen Prestiges zu verzichten. Ja man müsse in Deutschland von einem bornierten Nationalismus wegkommen und sich auch immer wieder selbst die Frage stellen, wie man dem vormaligen Gegner nunmehr als Partner entgegenkommen könne und was dieser seinerseits an Kräften mit einbringen könne.

90 In dieser erschienen Bernhard/ Eberhard: *Schwerer Weg zum Frieden* (wie Anm. 70); Adolf Gasser: *Aufbau von unten oder Zwang von oben. Ein Beitrag zur Frage des Föderalismus*. Stuttgart 1947.

91 Vgl. Lipgens: *Anfänge* (wie Anm. 88), S. 597-605.

92 Bernhard: *Werdendes Europa* (wie Anm. 86).

93 Ebd., S. 5; zum Bezug Bernhards auf Briand vgl. auch *Verhandlungen Landtag I* (wie Anm. 22), S. 1284; zum Thema "Europäische -Einigung" in den *Stuttgarter Nachrichten* vgl. Kursawe: *Politische Kommentare 1996* (wie Anm. 30), S. 114-117.

94 Bernhard: *Werdendes Europa* (wie Anm. 86), S. 3 f. In diesem Sinne auch der Wiederabdruck einer Rede Stresemanns aus dem Jahr 1925 im *Überseeclub* in Hamburg, in: Bernhard/ Eberhard: *Schwerer Weg zum Frieden* (wie Anm. 70), S. 34-40.

95 Bernhard: *Werdendes Europa* (wie Anm. 86), S. 4.

Angesichts der drückenden Nachkriegsnot des Jahres 1947 müsse allerdings auch gelten, „kein Europa ohne Deutschland“.<sup>96</sup> Eine Gesundung des gesamten Kontinents könne nur unter Einbeziehung Deutschlands geschehen. Die deutsche Industrie erschien Bernhard allein schon deshalb notwendig, um Europa nicht zu einer Kolonie Amerikas herabzudrücken und um ein Europa zu schaffen, das eine eigenständige neutrale dritte Kraft der Weltpolitik zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und der Sowjetunion andererseits darstelle.<sup>97</sup> – Zugleich stellten, so die Überzeugung Bernhards, eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung der deutschen Bevölkerung und ein Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft eine Grundvoraussetzung für die Festigung der noch jungen Demokratie dar; hieraus ergab sich zwingend die Forderung: „Wir müssen deshalb den Einbau Deutschlands in einen größeren, einen internationalen Rahmen, gerade von dem vordringlichen wirtschaftlichen Standpunkt aus... mit lauter Stimme fordern.“<sup>98</sup> Mit dieser Forderung einhergehend, verlangte Bernhard auch ein Ende der Reparationen und Demontagen. Auch die Beschlagnahme von Patenten müsse endlich aufhören.<sup>99</sup> Es dürfe nicht mehr in nationalstaatlichen Kategorien gedacht werden, an deren Stelle sollte vielmehr eine Internationalisierung der europäischen, konkret der deutschen Montanindustrie an Ruhr und Saar treten.<sup>100</sup>

Dabei war sich Bernhard freilich bewusst, dass die Grundlage für eine Europäische Union der Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich darstellte. Längerfristig dachte Bernhard sogar auch hierüber hinaus und mahnte eine Versöhnung mit den Staaten des Ostblocks an, allen voran mit Polen und der Tschechoslowakei. Der Gedanke einer Erbfeindschaft dürfe gar nicht erst aufkommen.<sup>101</sup>

Wenngleich Bernhard in seiner Fülle von Publikationen durchblicken ließ, dass eine Europäische Union gerade für Deutschland eine Vielzahl von Vorteilen mit sich bringen werde, so betonte er gleichwohl, in welchem weitreichendem Maße es die Pflicht der Deutschen sei, gegenüber dem berechtigten französischen Misstrauen in Vorleistung zu treten. Dies galt sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht: Deutschland müsse sich endgültig vom Gedanken eines starken Zentralstaates in der Mitte Europas lösen. An dessen

96 Le Monde 9.9.1947, zit. bei Bernhard: *Werdendes Europa* (wie Anm. 86), S. 9; vgl. auch die wiederholte Betonung der zentralen Rolle Deutschlands für einen europäischen Wiederaufbau durch Bernhard, in: *Verhandlungen Landtag I* (wie Anm. 22), S. 1283.

97 Vgl. Leitsätze der „Europäischen Aktion Württemberg-Baden“ vom November/ Dezember 1946, zit. bei Lipgens: *Anfänge* (wie Anm. 88), S. 414.

98 Bernhard: *Werdendes Europa* (wie Anm. 86), S. 11.

99 In diesem Sinne auch die wiederholten Proteste Bernhards gegen die Demontagen im Landtag; diese wie auch Reparationsverpflichtungen dürften nicht nochmals zur Vorbelastung für die zweite deutsche Demokratie werden – vgl. *Verhandlungen Landtag I* (wie Anm. 22), S. 1281-1284.

100 Bernhard: *Werdendes Europa* (wie Anm. 86), S. 10 u. 12 f.,.

101 Ebd., S. 13, auch *Verhandlungen Landtag I* (wie Anm. 22), S. 645.

Stelle müsse vielmehr ein föderativ aufgebautes Deutschland in einem ebenfalls föderativ strukturierten Europa treten.<sup>102</sup> Noch weitergehende Zugeständnisse erschienen Bernhard jedoch auf wirtschaftspolitischen Gebieten notwendig. Hier bekannte er sich ausdrücklich zu einem „Verbot von Fertigprodukten von militärischer Bedeutung“;<sup>103</sup> selbst zivile Güter, die für Rüstungszwecke missbraucht werden könnten, sollten nicht mehr in Deutschland hergestellt werden. Um diese Verbote zu überwachen, sollten neben die Kontrolle durch die Besatzungsmächte noch deutsche Aufsichtsorgane treten. Beispielsweise sollten Gewerkschaften und Betriebsräte jederzeit Einblick in Produktionsprozesse haben: „Wir schlagen vor, den früheren deutschen Landesverratsparagrafen umzukehren. Nach ihm wurde einst derjenige bestraft, der über eine Aufrüstung Mitteilung machte. Wir wollen künftig denjenigen mit Strafe bedrohen, der eine Aufrüstung verheimlicht.“<sup>104</sup>

Der militärischen Abrüstung sollte auch eine Kontrolle bzw. grundlegende Reform des Bildungswesens entsprechen. An die Stelle der straff nationalistischen Erziehung, die Bernhard noch in der Weimarer Zeit konstatieren konnte, sollte eine bewusste Heranführung zur Friedensliebe treten. In diesem Zusammenhang sollten auch die Universitäten einer internationalen Beaufsichtigung unterworfen werden.<sup>105</sup>

Wie die Industrie sollte endlich auch in der landwirtschaftlichen Produktion der Gedanke der Autarkie fallengelassen werden, auch auf diesem Sektor sollte eine planmäßige „Eingliederung der deutschen in die europäische Wirtschaft“<sup>106</sup> stattfinden.

Am Ende seiner Ausführungen blieb somit der Wunsch, dass aus der Vielzahl internationaler Kontrollen, denen sich Deutschland freiwillig unterwerfen werde, wahrhaft internationale Kontrollen hervorgehen sollten, oder anders, dass damit der erste Schritt für eine allgemeine Abrüstung unter wechselseitiger Aufsicht in Europa gelegt werde.<sup>107</sup>

## 6. Würdigung

Bei den Wahlen zum zweiten württemberg-badischen Landtag 1950 hat Henry Bernhard auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Ohnehin war Bernhard schon durch eine Vielzahl von Verpflichtungen in seiner Funktion als Herausgeber und Chefredakteur der Stuttgarter Nachrichten stark beansprucht. Hinzu trat

102 Bernhard: *Werdendes Europa* (wie Anm. 86), S. 13 f.

103 Bernhard/ Eberhard: *Überlegungen* (wie Anm. 70), S. 24.

104 Ebd., S. 21.

105 Ebd., S. 16 u. 24.

106 Ebd., S. 24.

107 Ebd., S. 16.



eine zunehmend schlechtere Gesundheit. So litt der ehemalige Sekretär Stresemanns an Diabetes, ohne sich jedoch an die von ärztlicher Seite vorgegebenen Auflagen zu halten – im Gegenteil: Bernhard übernahm immer wieder neue Aufgaben, so 1955 mit der Wahl in den Personalgutachterausschuss, der die Vergangenheit angehender Bundeswehroffiziere zu durchleuchten hatte.<sup>108</sup> Die letztlich zu zahlreichen Verpflichtungen hatten auch zur Folge, dass die geplante Stresemann-Biographie liegen blieb.

Henry Bernhard starb überraschend am 9. März 1960 infolge einer Darm-lähmung, die ihn in Bad Mergentheim ereilt hatte. Wenige Tage später erfolgte die Beisetzung im Rahmen eines evangelischen Trauergottesdienstes in Esslingen am Neckar – der Stadt, die er vier Jahre lang im Landtag vertreten hatte. Die Predigt wurde vom ehemaligen württemberg-badischen Kultusminister Gotthilf Schenkel,<sup>109</sup> gehalten, anschließend folgte noch eine Würdigung durch die Freimaurerbrüder Henry Bernhards. Seitens der Politik war es der Mitherausgeber Erwin Schöttle, der die Leistungen Bernhards anerkannte und der dazu aufrief, ihn in Erinnerung zu behalten „als einen Mann, der mit hohen Gaben und einem starken Berufsethos ausgestattet, nimmermüde seinen Dienst an der journalistischen und politischen Aufgabe verbrachte, die uns unsere Zeit auferlegt hat“.<sup>110</sup>

Damit hat Erwin Schöttle überaus zutreffende Schlagworte zur Charakterisierung Henry Bernhards genannt. Die hohen geistigen Gaben Bernhards und sein unermüdliches Engagement waren die Grundlage für einen beachtenswerten Aufstieg aus finanziell beengten Verhältnissen an die Seite Stresemanns als dessen Mitarbeiter und enger Vertrauter. Zugleich bildeten sie nach 1945 die Grundlage für Bernhards Tätigkeit im Pressewesen: Unermüdliches Engagement war notwendig bei dem unter äußerst schwierigen Verhältnissen vollzogenen Aufbau zunächst der Stuttgarter Zeitung, anschließend der Stuttgarter Nachrichten. Dieser Aufbau war für Bernhard geprägt durch eine Vielzahl von Konflikten, zunächst mit der Besatzungsmacht, aber auch mit den Mitherausgebern. Dabei wurde deutlich, wie schwierig es war, die von den Amerikanern ersonnene Konzeption einer Zeitung, die von drei Lizenzträgern ganz unterschiedlicher politischer Couleur getragen wurde, umzusetzen.

Der Lebenslauf Bernhards lässt jedoch auch deutlich werden, dass dieser nicht nur eine politisch aktive, vielfältig engagierte Persönlichkeit war, sondern durchaus auch streitbar war, verbunden mit dem Willen zu dominieren und der von ihm herausgegebenen Zeitung eine von ihm vorgegebene politische Linie

108 M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 40.

109 Gotthilf Schenkel (1889-1960), evangelischer Theologe und Politiker. 1951-1953 Kultusminister des Landes Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, gleich Bernhard war Schenkel auch Freimaurer, so wirkte er als Meister v. Stuhl der Esslinger Freimaurerloge zur Katharinenlinde.

110 Zit. nach M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 63.

zu geben. So konnten Konflikte auch bei den Stuttgarter Nachrichten nicht ausbleiben, gleichwohl ist es gelungen, diese in der Auseinandersetzung mit der eher linken Stuttgarter Zeitung als bürgerliches, gemäßigt konservatives Organ zu positionieren. Bemerkenswert ist dabei, dass in den erregten Auseinandersetzungen zwischen Lizenzpresse und sämtlichen politischen Parteien des Landes im Laufe des Jahres 1947 Bernhard eine vermittelnde Position eingenommen und auf beiden Seiten für Verständnis geworben hat.

Neben seinem journalistischem Engagement war Bernhard auf einer Vielzahl anderer Felder beansprucht: Im Rundfunkrat des Süddeutschen Rundfunks, im Personalgutachterausschuss der Bundeswehr und natürlich in der paneuropäischen Bewegung. Gerade auf diesem Feld hat Bernhard das Erbe seines politischen Mentors Stresemann fortgeführt und schon in den ersten Nachkriegsjahren sehr konkrete Empfehlungen für die Schaffung einer europäischen Montanunion gegeben und Lösungswege zur deutsch-französischen Aussöhnung und zur Schaffung eines föderal gestalteten Europas aufgezeigt. Bereits seine Rede zum 1. Mai 1946 beinhaltet somit das geistige Vermächtnis Bernhards:

„Lösen wir uns von allen nationalistischen Traditionen einer überholten Vergangenheit, dienen wir der Menschheit dadurch, dass wir unsere ganze Kraft einheitlich dafür einsetzen, dass der Tag näher rückt, an dem es ein geeintes und in der Einheit zum Wohle der ganzen Welt zusammenarbeitendes Europa gibt.“<sup>111</sup>

111 Gedrucktes Flugblatt der Rede Bernhards zum 1. Mai 1946, zit. nach Lipgens: Anfänge (wie Anm. 88), S. 414 mit Anm. 272.